

Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Mitgang des Postverkehrs.

Eine Übersicht über den Zustandspostverkehr in den Jahren 1920 bis 1923 zeigt insofern der durch die Geldentwertung fortgesetzten Tarifserhöhungen durchweg eine steigende Abnahme. Insgesamt ist der Postverkehr am 1. Juli 1923 im Vergleich zum Mai 1920 stark zurückgegangen. Der Mitgang bei den Postarten beträgt im Ortsverkehr 44 %, im Fernverkehr 33 %; bei den Briefen 54,1 % im Ortsverkehr, 43,2 % im Fernverkehr. Auch die Drucksachen sind um rund 40 % zurückgegangen. Der Mitgang bei Paketen beträgt 33,3 % und bei Postanweisungen 41,5 %.

Freie Berufe und Umsatzsteuer.

Reichstagsabgeordneter Dr. Otto Eberling hat in seiner Eigenschaft als Präsident des „Schulvereins für die notleidende Kulturlandschaft Deutschlands“ an den Reichsfinanzminister Dr. Luther ein Schreiben gerichtet, angeht die erschreckende Notlage der freien geistigen Berufe die Angehörigen der freien Berufe bei der bevorstehenden Erhöhung der Umsatzsteuer von dieser Leistungssteuer zu befreien. Dr. Eberling konnte darauf hinweisen, daß schon am 12. Juli 1923 von den zuständigen Ausschüssen im Reichswirtschaftsrat ein Beschluß gefaßt worden ist, die Angehörigen der freien Berufe von der Umsatzsteuer zu befreien, insofern ihr Einkommen eine gesetzlich festzulegende Höhe nicht übersteigt.

Schaffung einer Goldkreditbank?

Reichswährungsminister Dr. Schaack sprach sich dahin aus, daß die Schaffung neuer Mittel durch eine Goldkreditbank die entscheidende Frage der nächsten Wochen sei. Die Aussichten hierfür seien nicht ganz unangünstig. Die rheinischen Verträge mit den Franzosen können möglicherweise, so befaßend wie sie sind, den Anfang einer gewissen politischen Entspannung bedeuten. Und die Stimmung der übrigen Welt richtet sich mehr und mehr darauf, wirtschaftliche und kulturelle Erwägungen voranzustellen. Gelängt es einmal, wirtschaftliche Fragen mit der Gegenseite wirklich ernstlich zu erörtern, so treten die wirtschaftlichen Notwendigkeiten ganz von selbst auf dem Wege zur Lösung vorwärts. Die Goldkreditbank aber ist auf diesem Wege das unpolitischste und deshalb vom Standpunkte der bisherigen Gegenstände aus unbedenklichste Mittel.

Aus In- und Ausland.

Dresden. Wie in politischen Kreisen verlautet, wird die sozialistische Landtagsfraktion die Forderung der Demokraten nach Rücktritt des Innenministers Liebmann nicht erfüllen. Damit werde eine neue Kabinetskrise in bedenklicher Höhe gerächt.

Bln. Das Wehrtrikommando München hat eine öffentliche Versammlung in der Reichstagsabgeordneter Solimann vortragen soll, verboten.

Osnabrück. In schlichter Weise hat sich die Übergabe des Osnabrücker Bahnhofes in die deutsche Betriebsführung vollzogen.

Paris. Eine in diplomatischen Kreisen zirkulierende Nachricht besagt, daß Deutschland demnächst den Vorschlag des Vizepräsidenten in Paris bestehen wird.

Hilfe gegen die Finanznot.

Anruf an das Ausland.

Unverzüglich erscheint es, in allerhöchster Frist grundlegende Schritte gegen die alles überwindende Finanznot des Reiches zu tun. Die Verrechnung des Rentenmarktkredits des Reiches bei der Rentenbank erscheint nicht tunlich und ist von der Rentenbankverwaltung in der richtigen Empfindung abgelehnt worden, daß damit nur eine neue Inflationsperiode, diesmal für die Rentenmark, einsetzen würde. Ohne sofortige Beschaffung von Vorkrediten sind aber die Geschäfte des Reiches wie auch der Länder und Kommunen nicht weiter zu treiben.

Die Reichsregierung soll deshalb entschlossen sein, den mehrfach erwähnten Hilferuf an das Ausland um Gewährleistung schneller Kredits zu erlassen. Wenn nichts geschieht, wird das Reich nicht in der Lage sein, seine Beamten und Angestellten zu bezahlen. Aber die nächsten Wochen will man sich dadurch hinwegsetzen, daß vorläufige Steuern eingetrieben werden, allein dieses Hilfsmittel ist nur eine augenblickliche Notmaßnahme.

Der bisher gewährte Rentenmarkkredit dürfte im wesentlichen durch die Ruhrhilfe verschlungen sein, die durch die letzte unglückliche insofern des Parteigegensatzes hinausgezögerte Regierungskrise hat ferner nicht wenig dazu beigetragen, die letzten Reste der Finanzkraft zu zerstören. Also Hilfe vom Ausland, schnelle Hilfe will die Regierung erbitten — zu fordern hat sie nichts mehr.

Durchgreifende Steuermaßnahmen.

Drei Notverordnungen.

Neben dem Hilferuf nach außen will die Regierung auch im Innern das nach ihrer Ansicht unbedingt Notwendige tun — scharfe, nach einigen Stimmen sogar an Konfiskation erinnernde neue Steuermaßnahmen treffen, um über die gefährliche Situation des Augenblicks hinwegzukommen.

Drei finanzpolitische Notverordnungen sind vorgezogen, von denen die erste, die eine Vorauszahlung der ursprünglich im Januar erst fälligen Rhein-Ruhr-Abgabe und der Einkommen- und Umsatzsteuer vorseht, bereits erlassen ist. Die beiden anderen, hauptsächlich in allerhöchster Frist zu erwartenden Bestimmungen sollen Steuern schaffen, die weit über den üblichen Begriff einer Steuer hinausgehen und einen der Beschlagnahme ähnlichen Charakter tragen sollen.

Auf der Ausgabe Seite geht damit Hand in Hand eine Beschränkung von so rücksichtsloser Art, wie sie sich in den Beamtenentlohnungen und in der Einstellung wichtiger Stellen äußert.

In Verbindung mit diesen Maßnahmen befindet sich ein Schritt in Vorbereitung, der zu Darlegungen der finanziellen Lage des Reiches dem Ausland gegenüber dienen soll mit dem Ziel, die Reparationsfrage von neuem zur Erörterung zu stellen, nachdem aber die Einstellung des passiven Widerstandes nun wirklich keine Zweifel mehr bestehen können.

Die fälligen Steuerbeiträge.

Es sind in diesen Tagen an Steuerleistungen zu erwarten: die Nachzahlung auf die Umsatzsteuer, eine Rate der Rhein- und Ruhrabgabe in Höhe von 50 Goldpfennig auf je

1000 Mark Steuerhöchste im Jahre 1922, eine Nachzahlung der Einkommensteuer in Höhe von 40 Goldpfennig auf je 1000 Mark Steuerhöchste, die Körperschaftsteuer in Höhe von 60 Goldpfennig auf je 1000 Mark Steuerhöchste im Jahre 1922. Wenn die Eintreibung dieser Beträge mit der nötigen Energie und Beschleunigung erfolgt, so stehen der Reichsregierung schon in kurzer Zeit Beträge zur Verfügung, mit denen sich das Schlimmste abwenden läßt, und es wird von der Reichsregierung erwartet, daß sich keine Beschleierungsschlacht an Opferwilligkeit in dieser kritischen Lage vor der ändern übertreffen läßt.

Amerika ist bereit.

Teilnahme an den Reparationsberatungen

Der Delegierte der Vereinigten Staaten bei der Reparationskommission hat dem Präsidenten der Reparationskommission Warthorn mitgeteilt, daß er aus Washington die Bestätigung der von der amerikanischen Regierung getroffenen Entscheidung erhalten hat, derzufolge diese an den von der Reparationskommission beschlossenen Unterassessoren zwar nicht offiziell teilnehmen wird, daß sie jedoch der Annahme einer direkten Einladung an die amerikanischen Sachverständigen, an den Arbeiten dieser beiden Ausschüsse teilzunehmen, nichts in den Weg legen wird. Logan hat die Entscheidung der amerikanischen Regierung in Form eines Briefes mitgeteilt. Ebenso ist in London die Bestätigung dieses Entschlusses eingetroffen.

Der nächste von der Reparationskommission zu erwartende Schritt ist die Festlegung des Datums ihrer nächsten Zusammenkunft. Man nimmt an, daß diese noch vor Weihnachten stattfinden und daß auf ihr die beiden Ausschüsse zur Untersuchung der deutschen Finanzlage u. a. gewählt werden. Die Ernennung der englischen Sachverständigen für die beiden Ausschüsse ist Sir John Brabury, dem englischen Delegierten in der Reparationskommission, überlassen worden.

Gegen die geheime Diplomatie.

Der Hauptgegner des Präsidenten Coolidge bei den kommenden Präsidentschaftswahlen, Senator Johnson, unternimmt heftige Angriffe auf den Präsidenten wegen seines Entschlusses, Amerika inoffiziell in den beiden Sachverständigenausschüssen der Reparationskommission vertreten zu lassen. Senator Johnson behauptet, es sei nicht ersichtlich, welche Beziehungen zwischen den verschiedenen Nationen in diesen Ausschüssen erfolgen werden. Er verlangt, daß die Verhandlungen in aller Öffentlichkeit vor sich gehen und sämtliche Tatsachen bekanntgegeben werden. Amerika hat genug von der geheimen Diplomatie.

Lösung der Rhein-Ruhr-Fragen?

Direkte Verhandlungen mit Frankreich.

Aus der gesamten Lage heraus und aus der ansehenspolitisch, wenn auch nicht wirtschaftlich eingetretenen Entspannung heraus wird angenommen, daß die Reichsregierung einschließen wird, der französischen Regierung formal den Vorschlag zu unterbreiten, in direkte Verhandlungen von Regierung zu Regierung über den gesamten Komplex der Rhein- und Ruhrfragen einzutreten. Der deutsche Vorschlag werde der französischen Regierung vermutlich mündlich durch den deutschen Geschäftsträger in Paris zur Kenntnis gebracht werden.

Wenn sich diese Annahme bestätigt, könnte geschlossen werden, daß die bisherigen privaten Verhandlungen ihr Ende erreicht hätten, und daß die Rhein-Ruhrfrage aus dem kritischen Stadium heraus wäre. Als Hauptvorteil etwaiger Vereinbarungen betrachtet man die Feststellung der unschönen Verbindung des Rheinstandes mit dem Reich und die Einführung wertbeständiger Notgelder zum 1. Januar.

Sinken der Lebenshaltungskosten.

Um 16,2 % gegen die Vorwoche.

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Bekleidung und Bekleidung) betrug nach den Feststellungen des statistischen Reichsamtes für Montag, den 10. Dezember, auf das 126-Milliardenfache der Vorkriegszeit. Gegenüber der Vorwoche (1515 Milliarden) ist demnach eine Abnahme von 16,2 % zu verzeichnen.

Wie man Dollarmilliardär wird.

Aus Henry Fords Lebensgeschichte.

Henry Ford, der zur Weltberühmtheit gelangte amerikanische Automobilkönig, hat unlängst seine Lebenserinnerungen veröffentlicht. Diese Erinnerungen lassen die beinahe märchenhafte Lebensbahn des vielgenannten Mannes, der sich auch politisch betätigt und trotz seiner wiederholten Ablehnungen als Kandidat auf den Präsidentenstuhl der Vereinigten Staaten gilt, in einem ganz neuen Licht erscheinen.

Ford war ein Wunderkind. Als neunjähriger Knabe schon hatte er ein besonderes Interesse für die Mechanik an den Tag gelegt. Er war erst Jahre alt, als er mit primitiven Werkzeugen aus Holz das erste Automobil konstruierte. Bereits seine ersten tastenden Versuche haben die Prinzipien der Automobilindustrie über den Haufen geworfen. Die amerikanische Automobilindustrie war auf die Erzeugung von Luxusfahrzeugen eingestellt. Man verhandelte mit jedem einzelnen Käufer und führte die Aufträge nach den besonderen Wünschen der Auftraggebenden aus. Da die meisten Auftraggeber keine Fachleute waren, haben die besonderen Wünsche nicht nur Preisserhöhungen hervorgerufen, sondern auch der Verlässlichkeit und Dauerhaftigkeit der Fahrzeuge Abbruch getan. Da entschloß sich Ford, alle seine Autos nach einem einzigen Modell auszuführen. Er respektierte die Wünsche der Käufer nicht und erreichte auf diese Weise, daß die Autos, die aus seinen Fabriken hervorgingen, nicht nur viel billiger, sondern auch viel verlässlicher waren als die seiner Konkurrenten.

Die amerikanischen Automobilfabriken brachten jedes Jahr neue Modelle in Verkehr und suchten das Publikum zu veranlassen, die alten Autos gegen neue Fahrzeuge auszutauschen. Ford ging nach einer anderen Methode vor. Sein Streben war nicht darauf gerichtet, mit einem Kunden öfter Geschäfte zu machen, sondern er versuchte, das Auto zu einer Massware zu machen. Dies erreichte er durch die billigen Preise seiner Fabrikate: die ersten Autos der Fabrik Ford kosteten 950 Dollar, zu einer Zeit, in der

die anderen Hersteller Autos für 3000 bis 4000 Dollar verkauften. Die Konkurrenz verfuhr, umwahrte Nachrichten über die Erzeugnisse der Ford-Fabrikate auszusuchen. Es wurde vor allem ein Teil der amerikanischen Presse gewonnen, um das Gerücht zu verbreiten, daß die Ford-Autos höchstens einige Monate verwendbar seien. Trotzdem gelang es dem ausgezeichneten Mechaniker, in einem einzigen Jahre 1780 Autos zu verkaufen, während alle anderen Autofabriken zusammen kaum tausend Autos verkaufen konnten. Im zweiten Jahre gab Ford der Überredung eines seiner Ingenieure nach und stellte seine Autos nach fünf verschiedenen Modellen her. Diese Reform zog unangenehme Folgen nach sich: der Vertrieb nahm ab, und Ford vermochte in jenem Jahre kaum 1500 Autos zu verkaufen.

Im Jahre 1907 wurden die Autos nur mehr nach drei Typen hergestellt. Ford vereinfachte die Karosserie und nahm kleinere Verbesserungen an der inneren Konstruktion der Autos vor. Auf diese Weise erreichte er, daß der Preis eines Autos sich nur mehr auf 600 Dollar stellte. Am 31. Mai 1921 verkaufte Ford den Wagen, der die Seriennummer 5.000.000 trug. Von diesem Tage an erzeugten die Fabriken Fords täglich 4000 Autos, und der Fabrikhersteller schickte soviel Dollarmillionen zusammen, daß sie sich bald in Milliarden summieren. Heute dürfte Henry Ford — trotz Rodesser und Morgan — der weitreichendste Mann der Vereinigten Staaten und somit wohl der reichste Mann der ganzen Welt sein.

Neuente Meldungen.

Produktive Erwerbstätigenfürsorge.

Berlin, 13. Dezember. Der preussische Wohlfahrtsminister erklärte, in letzter Zeit sei es gelungen, erhebliches Privatkapital für große Unternehmungen zur Beschäftigung von Erwerbslosen flüssig zu machen. Neben der bereits seit etwa einem Jahre bestehenden Deutschen A.-G. für Landwirtschaft seien jetzt die A.-G. für Bodenkultur in Berlin und die Gemeinnützige Bodenkultur- und Siedlungsgesellschaft in Dortmund gegründet worden. Alle diese Unternehmungen beabsichtigen die Kultivierung von Obland, Bau von Überlandzentralen, Wasserwerken und Talsperren sowie die Herstellung von Baumaterial zum Bau einfacher Wohnungen.

Der Beamtenabbau.

Berlin, 13. Dezember. Der Fünfzehnerausschuß des Reichstages nahm bei der Weiterberatung der Beamtenabbauverordnung einen Antrag an, der den in der Verordnung enthaltenen Unterschied zwischen lebenslanglich angelegten und planmäßig aber auf Kündigung angelegten Beamten beseitigt. Weitere angenommene Anträge wollen die Frage der Parteigelder, des Ruhegehalts und der Entlassung in entgegenkommender Weise für die Beamten ordnen.

Die Neuregelung der Mieten.

Berlin, 13. Dezember. Den Vermehren nach wird die Neuregelung der Mieten frühestens vom 1. Februar nächsten Jahres ab eingeführt werden. Die Fragen sind gegenwärtig noch im Stadium der Vorberatung, weshalb im Augenblick über die voranschreitende Gestaltung der neuen Mietsätze noch nichts Sicheres gesagt werden kann.

Finanzfragen im besetzten Gebiet.

Berlin, 13. Dezember. Zum derzeitigen Stand der verschiedenen Fragen, die die besetzten Gebiete betreffen, erfahren wir von wohlunterrichteter Seite: Zurzeit finden Verhandlungen betreffs der Einlösung des im besetzten Gebiet im Umlauf befindlichen süddeutschen Notgeldes statt, das ungefähr 180 Trillionen Mark beträgt. Die Verhandlungen sind noch nicht zum Abschluß gelangt. Bezüglich der inzwischen zustandekommenen rheinischen Goldnotenbank wird in den Kreisen der Reichsregierung der Standpunkt vertreten, daß die Frage der Überführung der Rheinischen Goldnotenbank in die zu schaffende Deutsche Zentral-Goldnotenbank gelöst werden muß.

Schwierigkeiten bei Wiederherstellung der Sammelbahnhöfe.

Vottrop, 13. Dezember. Seit einigen Tagen hat man mit der Wiederherstellung der Bahnhöfe zum Zwecke der Wiederaufnahme des Eisenbahnbetriebes begonnen. Auf dem Bahnhofsgebäude Vottrop-West und Vottrop-Süd sind etwa 25 % der früher beschäftigten Eisenbahner wieder eingestellt. Der Güterverkehr kann aber wieder erst aufgenommen werden, wenn der größte Sammelbahnhof des rheinisch-westfälischen Industriegebietes Osterfeld-Süd wieder hergestellt ist. Auf diesem Bahnhof arbeiten seit einigen Tagen etwa 350 Personen, doch werden diese in absehbarer Zeit die Arbeiten nicht bewältigen können.

Vertragswidrige Postrevisionen.

Frankfurt a. M., 13. Dezember. Auf der gestrigen wieder in Betrieb genommenen direkten Bahnstrecke Frankfurt a. M.—Darmstadt, die durch das besetzte Gebiet führt, haben die Franzosen in Widerspruch mit dem Abkommen mit der Regie heute morgen unvermutet Postrevisionen eingeführt. Alle Schnellzüge und Personenzüge, die sonst die ganze Strecke ohne anzuhalten durchfahren, müssen an zwei Stellen beim Eintritt und Austritt in das besetzte Gebiet fünf Minuten lang halten. Es werden vor allem die Gepäckwagen revidiert.

Der neue Schweizer Bundespräsident.

Bern, 17. Dezember. Zum neuen Bundespräsidenten der Schweiz ist heute Eduard gewählt worden. Eduard war bisher Departementschef für das Innere im bisherigen Bundesrat.

Demission des portugiesischen Kabinetts.

Paris, 13. Dezember. Das portugiesische Kabinet hat heute demissioniert infolge der unsicheren innerpolitischen Lage.

Streitfrage zwischen Danzig und Polen.

Paris, 13. Dezember. Der Völkerverbund nahm Erklärungen des Senatspräsidenten der Freien Stadt Danzig, Dr. Sahn, und des ehemaligen polnischen Ministerpräsidenten, Strumunt, zu der Streitfrage über im Vertrag von Versailles vorgesehene Durchführ polnischer Kriegsmaterials durch Danziger Gebiet entgegen. Es handelt sich im vorliegenden Fall um die vorübergehende Lagerung von Munition. Senatspräsident Dr. Sahn beantragte, die Entscheidung des Danziger Oberkommissars vom 7. April 1922, welche Polen einen Platz auf der Insel Hofm als Lagerstelle für Explosivstoffe anwies, aufzuheben. Die Erörterung der Frage wurde nach Erwidern des polnischen Vertreter vertagt.